



Perspektive Schweiz
Perspective Suisse
Prospettiva Svizzera

Umfrageergebnisse 2006

Kurzfassung

Weitere Informationen und die vollständige Publikation finden Sie unter:

<http://www.perspektive-schweiz.ch>

11.10. – 08.12.2006

20'614 Teilnehmer

43 Fragen

Sponsoren:



Inhaltsverzeichnis

Studie Perspektive Schweiz	S. 2
Repräsentativität	S. 3
Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze	S. 4
Zusammenfassungen:	
Gesundheitspolitik	
Übersicht	S. 5
Erläuterungen	S. 6
Arbeitsmarktpolitik	
Übersicht	S. 9
Erläuterungen	S. 10
Steuerpolitik	
Übersicht	S. 12
Erläuterungen	S. 13
Verkehrspolitik	
Übersicht	S. 15
Erläuterungen	S. 16
Energiepolitik	
Übersicht	S. 18
Erläuterungen	S. 19
Stichprobe und Methodik	S. 20
Danksagungen	S. 21

Die vollständigen Ergebnisse von allen „Perspektive Schweiz“-Umfragen finden Sie in einer einfach zu bedienenden Online-Datenbank unter <http://ergebnisse.perspektive-schweiz.ch/>

Impressum

Perspektive Schweiz

c/o Vernunft Schweiz

Postfach 211

9013 St.Gallen

www.vernunft-schweiz.ch

www.perspektive-schweiz.ch

„Perspektive Schweiz“ ist ein Projekt von:



Vernunft Schweiz

Redaktion:

Sascha Hilpert, Christian Bächinger, Maxime Botteron, Andreas Christen, Thomas Seiler

Alle geschlechtsspezifischen Bezeichnungen im Bericht gelten grundsätzlich immer für Frauen und Männer.

Alle Daten und Grafiken dürfen unter Angabe der Quelle frei verwendet werden.

Publikation: Januar 2007

Repräsentativität

Schwierigkeiten und Lösungen

"Perspektive Schweiz" ist eine Internetumfrage mit dem Ziel eine repräsentative Aussage zu treffen, was die Schweizer Bevölkerung an der Schweiz verändern möchte.

Eine normale Internetumfrage ist in der Regel nicht repräsentativ, d.h. sie sagt nichts über die Meinung der Gesamtbevölkerung aus. Dafür gibt es drei Gründe:

- Personen die kein Internet haben, können nicht an der Umfrage teilnehmen.
- Es können nur Personen an der Umfrage teilnehmen, welche davon wissen.
- Es nehmen nur Personen teil, welche am Umfragethema interessiert sind.

Damit nun "Perspektive Schweiz" trotzdem ein repräsentatives Ergebnis erhält, wurden mehrere Vorkehrungen getroffen:

- Damit möglichst alle Schweizer von der Umfrage erfahren, wurden mehr als 3.5 Millionen Internetwerbungen bei google.ch und search.ch eingeblendet. Weiter wurden über 2'500 Ortsparteien über die Umfrage informiert und über Medienarbeit und verschiedene Partner werden weitere Personen erreicht.
- Alle Antworten werden nach den demographischen Kriterien Alter, Geschlecht, Kanton und Bildung gewichtet. Damit bilden die Antworten die Schweizer Bevölkerung in diesen Punkten exakt ab.

Mit diesen beiden Vorkehrungen speziell mit dem Gewichtungsverfahren, werden die von normalen Internetumfragen bekannten Verzerrungen fast vollständig eliminiert. Es bleibt eine kleine Restverzerrung, die nicht korrigiert werden kann, die dazu führt, dass die mögliche Abweichung der Ergebnisse vom wahren Wert ca. 2-4 Mal höher liegt als bei einer normalen Umfrage.

Die Ergebnisse von "Perspektive Schweiz" sind daher bei über 20'000 Teilnehmern mit einer Fehlertoleranz von +/- 4% repräsentativ für die Meinung der Schweizer Bürger.

Weitere Informationen zur Methodik finden Sie auf der Seite „Methodik und Stichprobe“.

Beispiele zur Qualität der Ergebnisse

Die Ergebnisse von "Perspektive Schweiz" lassen sich in zwei Fällen direkt mit Wahlen bzw. Abstimmungen an der Urne vergleichen. Diese beiden Beispiele zeigen, dass die Ergebnisse von "Perspektive Schweiz" der Meinung der Schweizer tatsächlich entsprechen. Bei der Interpretation des Abstimmungsbeispiels ist zu beachten, dass die verschiedenen Angaben zu unterschiedlichen Zeitpunkten erhoben wurden und Abweichungen daher auch immer auf eine Veränderung der Meinung in der Bevölkerung zurückgehen können.

In der Umfrage von 2004 fragte Perspektive Schweiz nach der Meinung der Bevölkerung über eine Vereinheitlichung des Bildungssystems. Am 21. Mai 2006 hat schliesslich die Schweizer Bevölkerung in einer Abstimmung die Vereinheitlichung des Bildungssystems beschlossen:

	PS 2004	Abstimmung 21.05.2006
Ja	88%	85.6%
Nein	5%	14.4%
Weiss nicht	8%	-

Auch die Wählerstärken der Parteien werden von Perspektive Schweiz in Übereinstimmung mit anderen Umfragen und Wahlen korrekt ermittelt:

	SP	CVP	FDP	SVP
NR Wahlen 2003	23.3%	14.4%	17.3%	26.7%
PS 2004	24.2%	12.6%	19.0%	26.8%
PS 2005	25.4%	12.0%	17.9%	27.4%
PS 2006	23.6%	12.2%	17.8%	26.6%
Umfrage SRG Okt. 06	23.5%	14.2%	15.5%	26.4%

Gesundheitspolitik

Übersicht

Nr.	Frage	Ja	Weiss nicht /neutral	Nein
12	Verhält sich eine Person ungesund (bsp. durch Zigarettenkonsum), so erhöht sich ihre individuelle Krankenkassenprämie.	47%	11%	42%
13	Ab dem 50. Altersjahr ist ein alljährlicher Gesundheitscheck obligatorisch.	24%	16%	60%
14	In der Schweiz werden einkommensabhängige Selbstbehalte für die obligatorische Krankenkasse eingeführt.	42%	14%	44%
15	Ärzte und Apotheker müssen den Patienten auf allfällig vorhandene Generika aufmerksam machen.	94%	4%	2%
16	Die Höhe der Krankenkassenprämie wird unabhängig vom Wohnort festgelegt.	68%	12%	20%
17	Bei jedem Arztbesuch fällt eine Pauschalgebühr von 10 Franken an, welche man gleich beim Arzt selbst bar bezahlen muss.	22%	10%	68%
18	Personen, die im vorherigen Jahr unterdurchschnittlich hohe Gesundheitskosten verursacht haben, bezahlen im folgenden Jahr 20% weniger Krankenkassenprämie als diejenigen, welche überdurchschnittlich viele Gesundheitsleistungen konsumiert haben.	48%	12%	40%
19	Der Leistungskatalog der obligatorischen Krankenkasse wird auf die lebensnotwendigsten Leistungen eingeschränkt. Dies senkt die obligatorische Prämie. Für die weiteren Leistungen können individuelle Zusatzversicherungen abgeschlossen werden.	42%	17%	41%
20	Der Cannabiskonsum ist nach Vollendung des 18. Lebensjahres legal.	36%	12%	52%

Nr.	Frage	< 5Fr.	5 Fr.	6.5 Fr.	8 Fr.	9.5 Fr.	9.5 Fr. <
21	Wie teuer soll ein Päckchen Zigaretten sein?	13%	22%	12%	18%	4%	31%

Nr.	Frage	
22	An welchen der folgenden Orte befürworten Sie ein Rauchverbot? (Mehrfachnennungen möglich)	
	Pubs/Bars	37%
	Bahnhof (geschlossene Räume)	86%
	Bahnhof (offene Räume)	22%
	Speiserestaurants	77%
	Arbeitsplatz (geschlossene Räume)	90%
	Arbeitsplatz (offene Räume)	36%
	öffentliche Bildungseinrichtungen (geschlossene Räume)	91%
	öffentliche Bildungseinrichtungen (offene Räume)	43%
	An keinem Ort, rauchen soll grundsätzlich erlaubt sein	7%

Nr.	Frage	Gar nicht	Etwas	Sehr	k.A.
23	Mussten Sie in den letzten 5 Jahren aufgrund der gestiegenen Krankenkassenprämien Ihren Lebensstandard einschränken?	34%	49%	11%	6%

höher das Bildungsniveau ist, desto eher findet die Vorlage eine Zustimmung: Auf dem niedrigsten Bildungsniveau heissen 20% den Vorschlag gut, auf dem höchsten Bildungsniveau 32%.

Anreizsystem für niedrige Kosten

Eine Möglichkeit einen Anreiz zu bieten individuell weniger Gesundheitskosten zu verursachen, stellt folgender Vorschlag dar: Personen, welche im vorherigen Jahr unterdurchschnittlich hohe Gesundheitskosten verursacht haben, bezahlen im folgenden Jahr 20% weniger Krankenkassenprämie als diejenigen, welche überdurchschnittlich viele Gesundheitsleistungen konsumiert haben.

Eine relative Mehrheit von 48% (40% Nein) heisst diese Idee gut. Auffallend ist die Abnahme der Zustimmung mit zunehmendem Alter. 49% der über 55 Jährigen lehnen den Vorschlag ab.

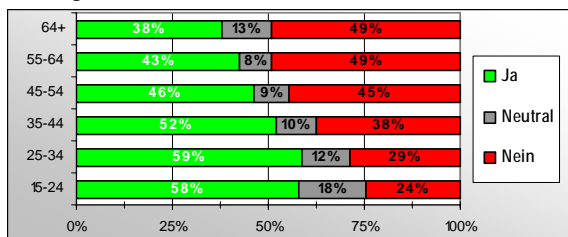


Abbildung 3: Die Zustimmung nimmt mit zunehmendem Alter ab.

Die Zustimmung ist bei den Anhängern der SVP und der FDP höher (56%, resp. 55% Ja), als bei den Anhängern der SP und der CVP (36%, resp. 42% Ja). Die Westschweiz ist gegenüber dem Vorschlag skeptischer eingestellt, als die Deutschschweiz oder das Tessin.

Einschränkung Leistungskatalog

Ein weiterer Vorschlag zur Kostensenkung ist folgender: Der Leistungskatalog der obligatorischen Krankenkasse wird auf die lebensnotwendigsten Leistungen eingeschränkt. Für weitere Leistungen können individuelle Zusatzversicherungen abgeschlossen werden.

Männer befürworten den Vorschlag mit 45% (40% Nein), wohingegen Frauen den Vorschlag ablehnen (39% Ja zu 43% Nein). Anhänger der FDP und der SVP befürworten den Vorschlag, wohingegen Anhänger der SP und der Grünen den Vorschlag.

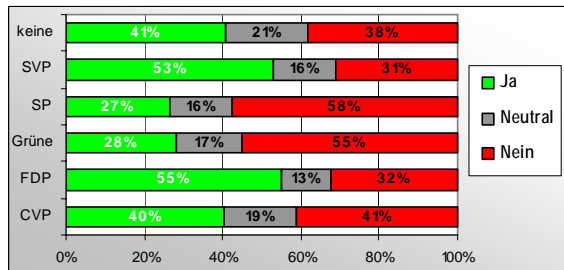


Abbildung 4: FDP und SVP sind für eine Einschränkung des Leistungskatalogs.

Cannabislegalisierung

Eine eingereichte Volksinitiative fordert die Legalisierung des Cannabiskonsums.

Nach Meinung der Schweizer Bevölkerung soll der Cannabiskonsum nicht legalisiert werden. Eine Mehrheit von 52% verwirft den Vorschlag (36% Ja). Unterschiede gibt es zwischen den verschiedenen Altersgruppen. Ab 35 Jahren ist eine Zunahme der Ablehnung mit steigendem Alter zu verzeichnen. Wähler der SP (52% Ja, 37% Nein) und der Grünen (57% Ja, 31% Nein) stimmen dem Vorschlag zu, Anhänger der anderen Parteien lehnen ihn ab.

Zigarettenpreise

Aktuell beträgt der Preis für ein Pack Zigaretten ca. 6 Fr. Eine deutliche Mehrheit von 66%

der Bevölkerung wünscht sich höhere Zigarettenpreise als heute. Nur 13% wünschen sich Preise von unter 5 Fr., wohingegen 31% Preise von mehr als 9.5 Fr. bevorzugen. Mit höherem Bildungsniveau steigt der Anteil der Personen, welche höhere Preise fordern.

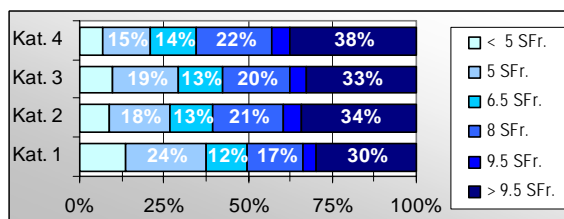


Abbildung 5: Leute mit hohem Bildungsniveau befürworten höhere Zigarettenpreise.

Legende	
Kat. 1	Obligatorische Schule
Kat. 2	Maturitätsschule, DMS
Kat. 3	Höhere Berufsausbildung
Kat. 4	Universität, Fachhochschule

Arbeitsmarktpolitik

Übersicht

Nr.	Frage	Ja	Weiss nicht /neutral	Nein
24	Das Personenfreizügigkeitsabkommen wird ohne Abstimmung auf weitere neue EU-Mitgliedstaaten ausgedehnt.	33%	19%	48%
25	Um die finanzielle Lage der Universitäten zu stärken, werden die Semestergebühren auf 5000 Fr. (heute zwischen 500 und 2000) erhöht. Bedürftige Studenten erhalten zur Finanzierung der Ausbildung vom Staat ein bis Ende Studium zinsloses Darlehen.	43%	16%	41%
26	In allen grossen Unternehmen in der Schweiz müssen mindestens 30% der Verwaltungsratsmitglieder Frauen sein.	35%	20%	45%
27	Unternehmen, die mehr als 500 Angestellte in der Schweiz beschäftigen, werden verpflichtet, Krippenplätze anzubieten.	60%	14%	26%
28	Unternehmen sind verpflichtet, pro 20 Angestellte eine Lehrstelle anzubieten.	72%	12%	16%

Nr.	Frage	Nein	Bis 66	Bis 67	Länger
29	Sind Sie bereit, zu Gunsten einer gesicherten AHV länger zu arbeiten? (Heute gilt bis 65/64)	67%	17%	11%	5%

Nr.	Frage	Nein	Eher nein	Neutral	Eher ja	Ja
30	Sind Sie bereit, zu Gunsten einer gesicherten AHV mehr Steuern oder Lohnabgaben zu bezahlen?	47%	22%	7%	19%	5%
31	Sind Sie bereit, zu Gunsten einer gesicherten AHV Rentenkürzungen zu akzeptieren?	66%	22%	5%	6%	2%

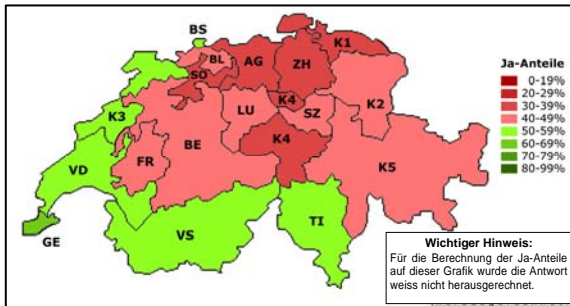


Abbildung 8: Die lateinische Schweiz ist für eine Quote

Krippenplätze

In der heutigen Gesellschaft arbeiten oft beide Elternteile. Deshalb gibt es Forderungen, dass grosse Unternehmen ab 500 Arbeitnehmern Krippenplätze zur Verfügung stellen müssen.

60% der Bürger befürworten den Vorschlag, 26% sind dagegen. Bei steigendem Einkommen nimmt die Ablehnung zu und erreicht bei der höchsten Einkommensklasse 41% Nein. 71% der Frauen, jedoch nur 48% der Männer heissen den Vorschlag gut (17% resp. 37% lehnen ihn ab).

Bei den grossen Parteien findet sich nur bei den Anhängern der SVP keine Mehrheit für den Vorschlag. Die Südostschweiz (GL, GR) ist die einzige Region, die diesen Vorschlag nicht mit einer absoluten Mehrheit unterstützt (43% Ja, 34% Nein).

Lehrstellenobligatorium

Das Obligatorium, eine Lehrstelle pro 20 Angestellte anzubieten, wird in der Bevölkerung mit 72% (16% Nein) befürwortet. Die Unterstützung nimmt zwar bei steigendem Einkommen ab, erreicht aber in allen Einkommensklassen eine Mehrheit. Wähler aus allen Parteien unterstützen den Vorschlag mit jeweils über 50%. Bei der SP-Wählerschaft erreicht dieser Anteil 84%. In keinem Kanton ist die Ablehnung grösser als 25%.

AHV Sanierungsvorschläge

Die politische Diskussionen zur Sicherung der AHV sieht hauptsächlich drei mögliche Lösungen: Man kann das Rentenalter erhöhen, die Steuern/Lohnbeiträge erhöhen und/oder Renten kürzen.

Das Volk lehnt wie schon in der Umfrage von Perspektive Schweiz 2004 alle Vorschläge ab. Die Erhöhung des Rentenalters wird mit 67% abgelehnt. Die Ablehnung nimmt bis zum Pensionsalter zu. Die grösste Bereitschaft, das Rentenalter zu erhöhen, findet sich bei der Altersgruppe der über 65 Jährigen (46% Ja zu 54% Nein). Ab Einkommen von über 6000 Fr. nimmt die Bereitschaft, länger zu arbeiten mit steigendem Einkommen zu. Abgesehen von der Wählerschaft der FDP verwirft eine absolute Mehrheit der Anhänger aller Parteien eine längere Arbeitszeit.

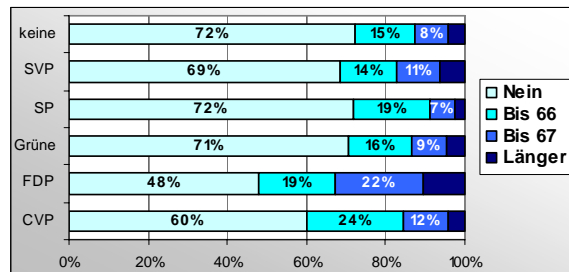


Abbildung 9: Alle ausser die FDP wollen zugunsten der AHV nicht länger arbeiten.

Auch für eine Steuererhöhung findet sich keine Mehrheit. Nur 24% der Bevölkerung sind eher oder klar bereit dazu, mehr Steuern oder Lohnabgaben für die AHV zu zahlen. Die Zustimmung nimmt mit höherem Alter zu. Bei den Linksparteien ist die Zustimmung grösser, erreicht aber keine Mehrheit.

Für Rentenkürzungen findet sich ebenso keine Mehrheit. Dieser Vorschlag wird mit 87% am deutlichsten abgelehnt (8% Ja). Am stärksten ist die Ablehnung in der Westschweiz. Mit steigendem Einkommen nimmt die Zustimmung zu, übersteigt jedoch 16 % nie.

Somit werden vom Volk alle derzeit als möglich erachtete Lösungen klar abgelehnt. Vergleicht man die Resultate mit denen von 2004 fällt folgendes auf: Damals waren noch 34% dafür, die Rentenbeiträge zu kürzen. Heute sind es noch 8%. 2004 waren 56% der Bevölkerung gegen eine Steuererhöhung und/oder Erhöhung der Lohnabgaben, 2006 sind es 69%.

Die Steuerlandschaft der Schweiz ist in Bewegung. Immer mehr Kantone mischen beim Steuerwettbewerb um die reichen Steuerzahler mit. Neue Steuern werden eingeführt und alte werden abgeschafft. Die Steuerpolitik ist für die Schweiz sehr wichtig, da sie einen bedeutenden Standortfaktor darstellt.

Abschaffung der Erbschaftssteuer

Nur die Kantone, nicht aber der Bund, erheben Erbschaftssteuern. In der Vergangenheit haben einige Kantone die Erbschaftssteuer abgeschafft, wodurch eine steuerliche Ungleichheit zwischen den Kantonen gegeben ist.

Eine deutliche Mehrheit von 69% befürwortet die Abschaffung der Erbschaftsteuer in allen Kantonen (19% Nein). Mit steigendem Alter wächst die Zustimmung. Bürger mit Kindern befürworten den Vorschlag mit 74% (19% Nein) stärker, als Bürger ohne Kinder (63% Ja zu 18% Nein).

Auch in der Parteilandschaft gibt es Unterschiede: Bei den Anhängern der SP (51% Ja, 35% Nein) und den Grünen (47% Ja, 40% Nein) ist die Befürwortung weniger gross als bei Anhängern anderer Parteien.

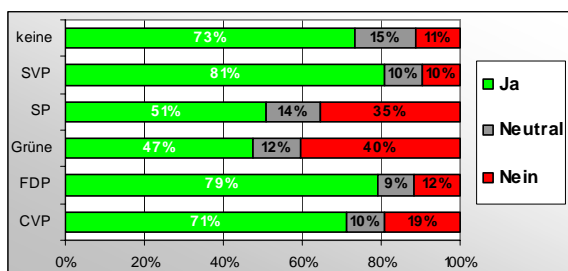


Abbildung 10: Bürgerliche Parteien wollen die Erbschaftsteuer abschaffen.

Steuerwettbewerb

Die Kantone können heute ihre Steuersätze unabhängig von den anderen Kantonen bestimmen. Als Konsequenz entstand in den vergangenen Jahren ein Steuerwettbewerb um reiche Steuerzahler.

Eine Mehrheit von 66% der Bevölkerung unterstützt die Abschaffung des Steuerwettbewerbs für Einkommen über 300'000 Fr (18% Nein). Hierfür müssten die Steuersätze für Einkommen über 300'000 Fr. schweizweit vereinheitlicht werden. Der Ja-Anteil nimmt mit steigendem Alter bis 65 Jahre zu: 73% der 55-64 Jährigen befürworten den Vorschlag, 18% lehnen ihn ab. Die Unterstützung nimmt bei der Einkommensgruppe von über 12'000 Fr./Monat stark ab und erreicht 55% Ja zu 39% Nein. Wähler aller Parteien unterstützen den Vor-

schlag, wobei der Ja-Anteil bei den FDP-Wählern mit 56% am niedrigsten liegt. Auch bei den Kantonen herrscht Konsens. Jedoch sind die Ja-Anteile in den steuergünstigen Kantonen Schwyz, Zug, Ob- und Nidwalden deutlich tiefer, als in der restlichen Schweiz.

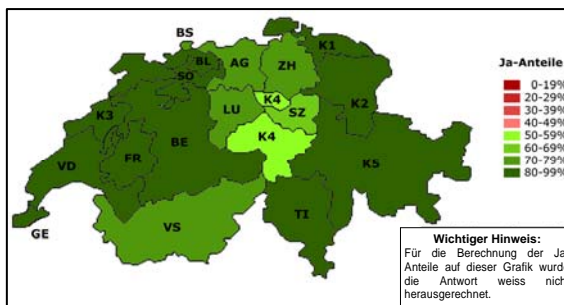


Abbildung 11: Die steuergünstigen Kantone SZ, ZG, OW und NW wollen den Steuerwettbewerb nur knapp abschaffen

Kantonale Schuldenbremse

Die Bruttoschulden der öffentlichen Haushalte (Bund, Kantone und Gemeinden) betragen 2004 239 Milliarden Fr. (ca. 54% des BIP). Die Bundesschuld nahm in den vergangenen Jahren am stärksten zu und macht mit 130 Milliarden Fr. die Hauptschuld aus. Die Kantone tragen mit einer Verschuldung von 72.5 Milliarden Fr. dieser Entwicklung bei (Quelle: EFD).

75% der Schweizer Bevölkerung befürwortet die Einführung einer Schuldenbremse auf kantonaler Ebene; 10% lehnen sie ab. Die Kantone dürfen so langfristig nicht mehr ausgeben, als sie einnehmen. Alle Parteien stimmen dem Vorschlag zu, bei den SVP- und FDP-Wählern mit 86% bzw. 83% fällt die Zustimmung jedoch stärker aus (5% resp. 8% Nein), als bei den SP- und Grünen-Wählern (57% resp. 64% Ja zu 20% resp. 17% Nein). Die Zustimmung nimmt mit fortschreitendem Alter zu (83% Ja zu 8% Nein bei den über 65 Jährigen).

Verkehrspolitik

Übersicht

Nr.	Frage	Bin dafür	Weiss nicht /neutral	Bin dagegen
36	Fahrzeuglenker müssen ab dem 70. Altersjahr alle zwei Jahre die praktische Führerprüfung wiederholen.	59%	13%	28%
37	Verkehrsdelikte werden gesamtschweizerisch gleich bestraft. Kantonale Besonderheiten werden vereinheitlicht.	90%	6%	4%

Nr.	Frage	Zu hoch	Richtig	Zu tief	Weiss nicht
38	Wie empfinden Sie allgemein die Höhe der Ordnungsbussen im Strassenverkehr?	37%	47%	11%	5%

Nr.	Frage	Weniger als heute	Gleich wie heute	Mehr wie heute	Weiss nicht
39	Wie häufig sollen auf Schweizer Strassen in Zukunft Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden?	22%	43%	33%	2%
40	Der Bund verfolgt heute eine Politik der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Wie stark soll er diese Politik zukünftig vorantreiben?	5%	17%	75%	3%

Nr.	Frage	
41	Wie hoch soll Ihrer Meinung nach die maximale Geschwindigkeitsbeschränkung bei guten Bedingungen auf Schweizer Autobahnen angesetzt werden (in Km/h)?	
	Unter 80	0%
	80	1%
	90	0%
	100	4%
	110	2%
	120	32%
	130	33%
	140	17%
	150	6%
	Höher als 150	1%
	Unbegrenzt	4%

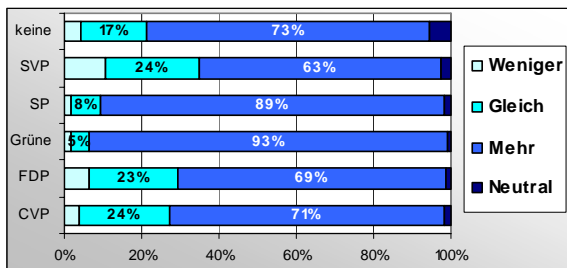


Abbildung 15: Alle Parteien möchten mehr Verlagerung auf die Schiene.

Geschwindigkeitslimite Autobahn

Im internationalen Vergleich ist die aktuelle Geschwindigkeitsbegrenzung auf Schweizer Autobahnen von 120 km/h eher niedrig angesetzt. Die meisten Länder kennen eine Richtgeschwindigkeit von 130 km/h.

So wollen auch 61% der Schweizer Bürger bei guten Bedingungen schneller fahren dürfen als die bisher erlaubten 120km/h. Die meistgenannte Antwort ist 130 km/h (33%). Mit einem Anteil von 75% wollen in der Altersgruppe der 25-34 Jährigen am meisten schneller fahren dürfen. Nur bei den Rentnern findet sich mit 45% keine Mehrheit, um die Geschwindigkeitslimite zu erhöhen. 72% der SVP-Wähler möchten schneller fahren dürfen als heute. Die Wähler der Linksparteien bevorzugen mit 47% bei den Grünen und 41% bei der SP am stärksten die aktuelle Limite.

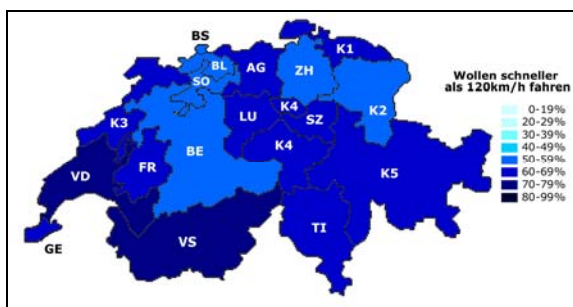


Abbildung 16: Alle Kantone wollen auf der Autobahn schneller fahren dürfen.

Strom aus erneuerbaren Ressourcen

Die Preise für Strom aus erneuerbaren Ressourcen (Sonne, Wasser, Wind, etc.) sind heute mit Ausnahme der Wasserkraft erheblich höher als die Preise für Strom aus nicht erneuerbaren Ressourcen (Beispiel Bernerische Kraftwerke: Solarstrom ca. 1.00 Fr. Normalstrom ca. 0.27 Fr. pro Kwh)

Eine Mehrheit von 61% ist bereit, für Strom aus erneuerbaren Ressourcen mehr zu bezahlen. Nur eine Minderheit von 15% ist aber bereit, mehr als 20% Aufpreis für den Strom zu zahlen. Die Bereitschaft mehr zu zahlen, sinkt mit dem Alter der Bürger: 54% der über 65 Jährigen sind bereit mehr zu zahlen. Bis zu einem Einkommen von 12000 Fr. ist die Bereitschaft mehr zu zahlen zunehmend. 40% der Anhänger der Grünen sind bereit mindestens 40% mehr für Strom aus vollständig erneuerbaren Quellen zu zahlen, wobei dieser Anteil bei den FDP- und den SVP- Anhängern mit 10%, respektive 8% am niedrigsten ist.

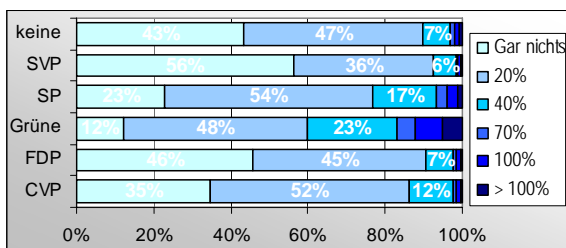


Abbildung 17: Grüne und SP bezahlen für Ökostrom am meisten

Bei Bürgern mit Kindern ist die Bereitschaft mehr zu bezahlen niedriger als bei kinderlosen Bürgern (57% Ja zu 66% Ja).

Atomenergie

Der Stromverbrauch der Schweiz steigt seit Jahrzehnten ohne Unterbruch an. Ab dem Jahr 2020 werden die Atomkraftwerke (AKW) der Schweiz aus Altersgründen nach und nach abgeschaltet. Damit steht der wachsende Stromverbrauch einer Stromproduktion gegenüber, die 38% kleiner ist. Gleichzeitig wird erwartet, dass der Bedarf an Strom weiter zunimmt.

Eine relative Mehrheit von 47% ist für den kurz- bis mittelfristigen Ausstieg aus der Atomkraft. 44% möchten weiterhin Atomstrom und die Kraftwerke an den bisherigen Standorten durch neue ersetzen. 19% davon wünschen sich sogar zusätzliche Atomkraftwerke.

Die Anhänger der Grünen befürworten mit 85% am stärksten einen kurz- bis mittelfristigen Ausstieg aus der Atomenergie. Die Kantone mit Atomkraftwerken lehnen einen Ausstieg tendenziell stärker ab. Die lateinischen Kantone und die beiden Basel hingegen, befürworten einen kurz- bis mittelfristigen Ausstieg am stärksten.

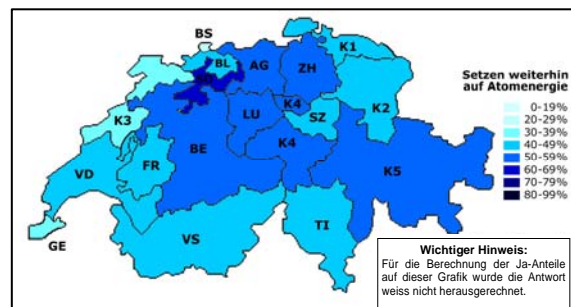


Abbildung 18: Kantone mit AKW setzen weiterhin auf Atomenergie.

Am meisten Unterstützung erhält die Atomenergie von der ältesten Bevölkerungsgruppe: 52% der über 65 Jährigen möchten zumindest die bestehenden Atomkraftwerke ersetzen. Zudem nimmt der Anteil der Atomenergiebefürworter mit sinkendem Einkommen ab. Frauen sind gegenüber der Atomenergie skeptischer eingestellt als Männer: 38% der Männer bevorzugen einen kurz- bis mittelfristigen Ausstieg, wohingegen dies 55% der Frauen möchten. Unterschiede gibt es bezüglich der Bildung: 18% der niedrigsten Bildungskategorie und 26% der höchsten Bildungskategorie sind für den Bau neuer Kraftwerke. Bezüglich der Option Ausstieg gibt es keine Unterschiede zwischen diesen beiden Bildungskategorien. Jeweils 9% bevorzugen diese Option.

Danksagungen

Ohne die grosszügige Unterstützung von verschiedenen Persönlichkeiten, Unternehmen und Organisationen wäre die Durchführung des Projekts Perspektive Schweiz nicht möglich gewesen. Wir danken herzlich für das Engagement und die wertvollen partnerschaftlichen Beiträge.

Ein herzlicher Dank geht an:

- die Mitglieder des Patronats: Doris Leuthard, Hansjörg Walter, Fulvio Pelli, Werner Marti und Ruth Genner in der Deutschschweiz. Christian Levrat, Pierre Kohler, Martine Brunschwig-Graf und Jean-François Rime in der Westschweiz.

- die Hauptsponsoren:



- die Medienpartner:



- die Spender



- die Internetpartner:

ignoranz.ch. sowie:



- die Organisationen



JCVP DER SCHWEIZ

